

# Saale-Beitung.

Lebensundbrechlicher Jahrgang.

werden die Spaltenzeit aber dem Mann mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von weiteren Anzeigen und allen Anzeigen-Expeditionen annehmen. Bekleben die Seite 75 Pf. Erhöht inwärtlich postfrei; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abend unserer Original-Artikel ist nicht gefaltet.)

Bezugspreis  
Mr. Halle vierteljährlich 2,50 Mr., bei  
sechsmaliger Zahlung 2,75 Mr., durch  
die Post 3,25 Mr., nachst. Zahlungsmo-  
dell. Bestellungen werden von allen  
Nachschubposten angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis  
unter Nr. 6816 eingetragen.  
Alle die Redaktion verantwortlich;  
Ray Scharre in Halle.  
Vertrauenslohn von 10%, 16 1/2%, 11%.  
(Gesamtpreis: Redaktion Nr. 2332. — Expedition Nr. 170.)

Nr. 304.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 2. Juli

1903.

## Österreich-Ungarn im Vanne der Obstruktion.

Die ganze österreichische Staatsmacht geht einmal wieder aus der Fugen zu stehen. Im Osten droht das ungarische Hebel an die Grundlagen der österreichisch-ungarischen Reichseinheit — von Norden droht das Tschekentum, jeden regelmäßigen Fortgang der allennotwendigsten Staatsgeschäfte zu hemmen — beide, um Vorteile für ihre Nationalitäten herauszufischen. Der Anlaß ist ja heute so günstig wie nur möglich. Österreich steht vor der Erledigung von drei fundamentalen Staatsnotwendigkeiten: der Zolltarif muß fertiggestellt werden, weil die Handelsvertragsverhandlungen vor allem mit Italien und Deutschland endlich begonnen werden müssen. Das Zustandekommen des Zolltarifs aber hängt wieder ab von der Herstellung des „Ausgleichs“ zwischen der österreichischen und ungarischen Reichshälfte. So wenigstens hatte sich der verlassene Ministerpräsident Szell mit den Parteien Ungarns und mit der österreichischen Regierung verständigt. Der dritte Punkt ist die schon lange geplante Heeresvorlage. Jedes Jahr wird die Fertigstellung dieses Ausgleichs der Ausgaben, die beide Reichshälften zu den Kosten der Reichsregierung beizutragen haben, den durch lautes Schreien am meisten sich hervorhebenden Nationalitäten Österreichs, denen der Zusammenhalt des Reiches gegenüber ihren nationalen Privatwünschen längst völlig gleichgültig geworden ist, zum Anlaß, die Reichsregierung in eine unerwartliche Zwangslage zu drängen, um dann irgend einen „nationalen Siegespreis“ nach Hause zu schleppen. Die Kroaten müßen gegen deutsche und magyarische Aufschreien in den Eisenbahnanlagen und verlangen „Gleichberechtigung der kroatischen Sprache“ in allen öffentlichen Angelegenheiten, die Tschechen wollen ihre eigene tschechische Universität in Wladowitz und die Magyaren sind, im Gefühl, nächst der deutschen die stärkste Nationalität zu sein, die festsetzen: sie wollen schon ihr eigenes Militär. Magyarische Heerespräde und Anstellung aller geborenen Ungarn im eigenen ungarischen Nationalheer ist der Schlußpunkt, mit dem die tabulata-magyarische Koalitionspartei (eben die österreichisch-ungarische Heeresvorlage und mit ihr das Ministerium Szell über den Dampfen geworfen hat — um alsbald auch den Triumph über das neue Ministerium Khuen Hederwary schon für die nächste Zukunft anzufundigen.

Mit diesem Ministerium des bisherigen Statthalteres von Kroatien hat es seine wunderliche Bewandnis. Es ist das typische Anglistprodukt der durch die nationale Obstruktion in die Enge getriebenen österreichischen Staatsverhalter. In anderen Staaten mit geordneten parlamentarischen Verhältnissen bildet man die Regierungen nach den Mehrheiten des Parlamentes — in Österreich-Ungarn nach den Mehrheiten, wenn diese Minderheiten nur genug Lungenkraft und genug Frivolität besitzen, die Mehrheit dazu zu zwingen. Szell hatte selbst das immer arroganter auftretende Magyarentum in Ungarn getriebsel und begünstigt seinen Uebermut mit verächtlicher Magyarischer Chauvinismus ist nun einmal heute populär in Ungarn und der unumkehrbare Satz wird in allen Tonarten wiederholt, daß nur von dem Gebieten der magyarischen Minderheit des Volkes (die Magyaren bilden gegenüber Deutschen, Rumänen, Kroaten, Serben bekanntlich nur 40 Prozent der Bevölkerung) das Gebieten des ungarischen Staates abhängt. „Ungarischer Nationalstaat“ ist der Schlußpunkt, der durch Ungarn geht, und unter dem auch so mancher Vertreter des Deutschtums und treuer ungarischer Staatsbürger gegen Recht und Gesetz vergangen wird. Kein Staatsmann magt diesen für Ungarn selbst unheilvollen Ruf so widerprechen und so hatte Szell gelobt, er hätte durch all sein Entgegenkommen die magyarisch-nationale Strömung in der Hand. Er irrte. Der Verhör war mittlerweile längst dem Meißer über den Kopf gewachsen. Die Koalitionspartei verließ ihn, als er sich ansah, die Heeresvorlage zur Vernehmung der Retruken einzubringen, und drohte mit Obstruktion, wenn er sie doch einbrächte und nicht gleichzeitig in die Magyarisierung des ungarischen Reiches willigte. Ungarn will partout Politik auf eigene Faust machen und Österreich hat sich die Gewalt über die magyarischen Gemüter ganz aus den Händen werden lassen. Das Wort Bismarcks: Wenn es keine österreichischen Staat gäbe, müßte man einen erfinden, um den Nationalitäten-Wirrwarr im Südsöden Europas im Zaume zu halten — fängt immer mehr an seine Bedeutung zu verlieren. Szell trat zurück. Graf Khuen Hederwary verhandelte mit der ungezogenen Koalitionspartei und erzielte eine Einigung: Die Regierung zog die ganze Heeresvorlage „en siwelle“ zurück, da sie sich gegen die nationalen Zugeständnisse denn doch noch nicht und nicht die Mehrheit des Parlamentes in Ungarn verweigert. Aber kaum ist Khuen Hederwary dadurch auf den Ministerpräsidentensessel gelangt, verläßt die Koalitionspartei ihren Führer und besticht ihn des Betrugs an der heiligen magyarischen Sache. Einstecken nur ist die Heeresvorlage zurückgezogen — das ist alles was wir erreicht haben? — zufen sie entrüstet dem Ministerpräsidenten und ihrem eigenen Parteiführer zu und zwingen damit diesen zum Rücktritt. Sein Nachfolger Barabás hielt alle Forderungen über die Magyarisierung des Reiches aufrecht und so ist das Ministerium Hederwary eigentlich jetzt schon von allen Parteien verlassen. Denn der Versuch

Khuens, die große liberale Partei für sich zu gewinnen, indem er sich für einen überzeugten Bollstimmmagyaren und einen überzeugten Liberalen zugleich erklärte, hat nur zur Folge gehabt, daß auch in dieser Partei die Spaltung und Verwirrung gewachsen ist. So hat sich die Opposition ein neues Ministerium ertrötet, um es sofort wieder seinem ausichtslosen Schicksal preiszugeben. Gerade jetzt versucht der Graf Khuen Hederwary die Ermächtigung des Hauses zu erlangen, auch vor Erledigung des Ausgleichs und vor Fertigstellung des Zolltarifs in Handelsvertragsverhandlungen mit Italien einzutreten. Er vertritt ein über das andere Mal, es läge in dieser Aufhebung der „Sellschen Formel“ keine Verletzung des Parlamentes — aber die magyarischen Obstruktionisten werden anderer Meinung sein. Graf Khuen ist isoliert — die Zukunft dunkel. Nicht weniger verworren liegen die Dinge in Österreich. Dort ist der Ausgleich infolge der tschechischen Obstruktion wegen ihrer Unversität in Wladowitz in der Kommission stecken geblieben, der Reichsrat wurde aufgelöst, der berichtigte § 14 der österreichischen Verfassung trat in seine Rechte, der Kaiser dekretierte einfach, daß die bisherige Beitragsquote der beiden Reichshälften zu den Reichsausgaben vorläufig fortzubehalten solle. Ganz ohne Parlament nun aber auch den Zolltarif durchzubringen, geht nicht. Man muß wieder ein Ministerium haben, das mit dem Parlament arbeiten kann. So heißt es: Neue nationale Konzeptionen zum Kaufhandel mit den Parteien heranzuschleppen. Das Ministerium Körber, das gegen die Nationalitätenfrage einmal wieder eine Zeilung die Vogel Strauß-Politik getrieben hatte, sich auf nichts eingelassen hatte, ein neues Verwaltungsmuster darstellte, muß umgebildet werden. Der tschechische Kaufschaffensminister Nezel hat seine Verpflichtungen wegen der tschechischen Universität in Wladowitz nicht gehalten. Er muß fallen. Mit ihm geht der österreichische Kriegsminister v. Mellesehim v. Er ist darüber empört, daß man der magyarischen Obstruktion lang und klanglos seine ganze Heeresvorlage zum Opfer gebracht hat. Er teilt die Empfindungen der tschechischen Widerstandskämpfer eines Wohlstandes Österreichs, der an dem Fortbestehen eines Wohlstandes Österreichs gelegen ist, bis in den Verdrüben zur Zersplitterung des einheitlichen österreichisch-ungarischen Reiches die Befehlsgewalt des Reiches der österreichisch-ungarischen Großmacht erblüht. Der Kaiser hat die nachdrückliche Entlassung Körbers nicht angenommen und ihn vielmehr damit betraut, selbst ein neues „parlamentarisches“ Ministerium zu bilden, das buntschickig aus Deutschen, Polen und Tschechen zusammengesetzt sein wird. Es wird derselbe Versuch gemacht, der dem früheren Wladowitzgrüß nur kurzer Zeit erst glänzend mißglückt ist. Die Nationalitätengegenstände werden auch die Einheit dieses kommenden Ministeriums zersprengen. Vorläufig muß verdrückt werden, mit ihm „fortzuzurufen“. Vorläufig muß schon lange die allgemein anerkannte Ueberschrift aller Regierungprogramme lautet. Aber Not bricht Eisen. Der Ausgleich, der Zolltarif, die Handelsvertragsverhandlungen erweisen gebietlich, zur geordneten parlamentarischen Arbeit zu kommen. Und so wird eben auch das Unmögliche versucht.

Die Lösung all dieser Verwirrung in den habsburgischen Landen hängt im Dunkel der Ungeheißer. Nur das eine Ergebnis springt jedesmal klar und sichtbar aus jeder dieser Kriegen hervor, die Österreichs Politik durchschneidend aller ein bis zwei Jahre durchzumachen hat: ein Steinchen nach dem anderen wird von den Fundamenten der Reichseinheit losgebrochen, die zentralen Kräfte behalten die Oberhand, das einseitige Vordringen der Vorherrschaft wird locter und locter, die Bündnisfähigkeit Österreichs als zuverlässigen Großstaates immer geringer. Die Deutschen Österreichs sehen das ein. Sie vergessen, hoffentlich auf lange Zeit, den Parteibau unter sich. Sie haben sich zu gemeinsamer parlamentarischer Arbeit durch Gründung eines Ausschusses organisiert. Sie werden einen harten Stand gegen Tschechen und Magyaren haben. Aber ihre Vereinigung bildet den einzigen erfreulichen Zug in dem trostlos verworrenen Wilde, das gegenwärtig die innerpolitische Lage in unserem verbündeten Nachbarreiche darstellt. W.

## Deutsches Reich.

Vorzeltige Sorgen.

Das Ergebnis der Stichwahlen stand kaum fest, als in einem Teil der bürgerlichen Presse die Frage angeschlossen wurde, ob die sozialdemokratische Partei entstehen sein werde, den Anspruch auf die Weisung des ersten Bismarckpräsidentenspostens im Reichstage aus ihren Nesten zu erheben. Der große Eifer, den einige Wähler auf der bürgerlichen Seite an den Tag legten, der Sozialdemokratie mit einem Präzidenten er entgegenzusetzen, könnte vielleicht die irrgie Meinung entstehen lassen, als ob nur ein Teil der Liberalen liberal genug sei, um den Anspruch der Sozialdemokratie auf die Weisung des Reichens als einen durchaus berechtigten anzuerkennen. Das ist natürlich in keiner Weise der Fall, besonders auch von der freistimmigen Partei wird eine Berechtigung immer bestritten werden, die aus dem Stärkeverhältnis der Parteien im neuen Reichstag ohne weiteres sich ergibt. Die Erfahrungen der Wahlbewegung haben den Liberalen ohne Unterschied des Temperaments und des Bekenntnisses nahegelegt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob der Erfolg der Sozialdemokratie ein so großer gewesen wäre, wie er gewesen ist, wenn schon seit Jahr und Tag sich zwischen den verschiedenen Gruppen des Liberalismus eine größere Ueber-einstimmung herausgebildet hätte in Bezug auf die Ziele, die es zu erreichen gilt, und in Bezug auf die Mittel und Wege, auf

denen diese Erreichung möglich scheint. Einseitige Auffassung der Ziele des Liberalismus seitens einzelner Gruppen bedingt hat das Wachstum der Sozialdemokratie nicht unerheblich gefördert. Wir glauben, es ist an der Zeit, in dieser Beziehung Wandel eintreten zu lassen und die Guttschloßzeit hier und dort zu beenden, daß der Sozialdemokratie gegenüber eine größere Einmütigkeit in Bezug auf die Parlamentsstrategie angestrebt wird.

Wie zu erwarten war, hat sich auch alsbald der bekannte Genosse Verstein mit seiner Schreibeisigkeit auf die neue Frage gestürzt und ist für seine Verdon, wie der „Vorwärts“ festzustellen für nötig erachtet, für nachdrückliche Erhebung jenes Anspruchs eingetreten. In seinem von uns schon erwähnten Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ führt er bekanntlich aus, es sei nicht einzuwenden, wenn der für das Reichstagspräsidentenamt Regel gewordene Gebrauch, dem Reichsoberhaupt bei gewissen Anlässen einen Besuch abzustatten, für die Sozialdemokratie ein Grund sein sollte, den Gegnern einen Vorwand für die Ueberzeugung der Partei bei der Zusammenlegung des Reichstages zu liefern. Durch solche Formalitäten würden die politischen Grundzüge der Sozialdemokratie in keiner Weise berührt. Der „Vorwärts“ behandelt die ganze Diskussion als „unmögliches Versteck“ und sagt:

„Gegenüber den mannigfaltigen und großen Aufgaben, welche unsere Partei im Hinblick auf das bevorstehende Stimmenergebnis des 16. Juni im Reichstag auf sich zu nehmen und zu lösen hat, ist die Frage, ob sie einen der Bismarckpräsidenten stellen soll, von verhältnismäßig unangeordneter Bedeutung. Diese Angelegenheit ist bekanntlich schon 1898 an unsere Fraktion herangetragen, schon damals hatten wir als wichtigste Fraktion Anspruch auf die Befreiung der Stelle des zweiten Bismarckpräsidenten, doch wir bezüchteten auf Geltendmachung des Anspruchs angesichts des Vorgehens der bürgerlichen Parteien, welche an die Wahl eines der ungarischen Abgeordneten knüpfen, die wir zu erfüllen nicht einig waren. ... Jedenfalls aber hat die frühere Beurteilung, die unsere Fraktion der Frage damals entgegenbrachte, unsere Partei nicht im geringsten geschädigt und keinen der gewöhnlichen Erfolge vermindert, die wir seitdem errungen haben. Seit jetzt ganz und gar kein Grund vor, diese Frage weniger gelassen zu be-handeln.“

Es ist vielleicht ein frommer Wunsch zu erwarten, daß die bürgerlichen Parteien die Frage mindestens ebenso früh, wenn nicht noch früher behandeln, als der „Vorwärts“ es einzuweisen tut. Berechtigt aber scheint er um so mehr zu sein, je weniger der Anspruch Vollmar, seitdem er gefallen ist, an Schicksaligkeit eingebüßt hat: es könne der Sozialdemokratie nicht wohl etwas Schlimmeres zustoßen, als wenn sie zu frühzeitig zur Macht gelänge. Wenn die bürgerlichen Parteien unmittelbar nach den Wahlen, bei denen sich die Sozialdemokratie einen neuen Zuwachs auf ihre Kosten verschafft hat, alsbald wieder dazu überzugehen, in Fragen der Behandlung der Sozialdemokratie Einigkeit und Uebereinstimmung zu zeigen, so werden sie damit allerdings den Augenblick nicht schneller herbeiführen, wo das Eintreten würde, was Vollmar meinte. Wohl aber werden sie dazu beitragen, es der Sozialdemokratie leichter zu machen, den Verzicht ihrer Wahlpropaganda weiter aus der Hand von Wählern der bürgerlichen Parteien klammern für die Verfolgung ihrer Machtsverwehre zu schneiden.

## Wahlmogeien und Verlegung des Wahlscheinmittels.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Zig.“ übernimmt die Mitteilung, daß der Minister des Innern wegen der von einigen Parteien seilgelegenen „Wahlmogeien“, die auch amtlich festgestellt worden wären, ein Restriktion auf die Wahlvorschriften erlassen hat, wonach diese berechtigt sind, wo Grund zu der Annahme einer unberechtigten Stimmeneingabe vorliegt, eine Verlegung des betreffenden Wählers zu verlangen und eventuell eine Festhaltung der Verdon zu fügen. In dem Restriktion wird darauf aufmerksam gemacht, daß solche Manipulationen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden. Bei diesen „Wahlmogeien“ handelt es sich bekanntlich um Abgabe von Stimmen für Tote oder Verzogene, die sich nach Vernehmung der „Post“ und ständlicher Wähler die Sozialdemokratie „im großen Maßstabe“ soll haben zu schaden kommen lassen. Wir stehen natürlich auf dem Standpunkt, daß solche Verlegungen in der vorgeschriebenen Weise geandert werden müssen. Aber wir sind andererseits der Ansicht, daß man, zumal alle Pressen nach der Verlesung vor dem Gesch gleich sind, nicht nach dem Worte handeln darf: die kleinen Wähler sind nicht nach dem Worte läßt man laufen. Der Minister des Innern hat, wie wir zu unserer Genugthuung konstatieren, in diesem Punkte der Presse eine weitgehende Beachtung geschenkt. Bei der Unparteilichkeit, der jeder Minister sich befleißigen muß zu bezeugen, daß, nehmen wir an, daß Herr v. Hammerstein nicht nur der „Post“ und ständlichen Organen, sondern auch jenen Liberalen und sozialdemokratischen Zeitungen die nötige Beachtung geschenkt hat, die unter voller Namensnennung gewissen Reuten, und namentlich auch Wahlvorsprechern, den Vorwurf gemacht haben, schwere Wahlmogeien getrieben, insbesondere die gesetzlichen Vorschriften betr. die Abgabe von Wahlzetteln nicht nur umgangen und außer Acht gelassen, sondern absichtlich und in hohler Weise auf das flagranteste verlegt zu haben. Wenn die Streuge der Gehege gegen einzelne Leute aus dem Volke zur Anwendung kommen soll und muß, die etwas „genogelt“ haben, so wird man erwarten dürfen, daß an Personen, die trotz ihres Amtes die Gehege kennen und trotzdem die Autorität des Staates herabsetzen dadurch, daß sie Gehege und Recht mit Füßen treten, ebenfalls ein Beispiel statuieren wird. Nach unserer Auffassung ist es mindestens so wichtig, daß Wahlvorsprecher und Staatsbeamte, die die Vorschriften über das Wahlgeheimnis u. s. w. verletzen, zur Verlegung der Gehege nicht allein staatlichen Machtmitteln angehalten werden, wie die Anweisung, daß sie Mogeien einzelner Wähler zu verhüten und ihre Abwendung in die Wege zu leiten haben. Wenn Ordnung im

Staats beruhen soll, so ist die Integrität der Beamten ...

Verleumdungsdarstellung Danzig 2, im Westl Königsberg 1. Nr.: eine Verleumdungsdarstellung in Danzig ...

Serbien. Als Leiter der europäischen Monarchen hat nun auch der König von England ...

Wenigstens besteht der sozialdemokratische Partei die „Frankf. Ztg.“ von der Unternehmung ...

Parteienwahlen. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Danzig I und II ...

Provingenmachrichten. \* \* \* Weihenfels, 1. Juli. (Infolge auf der Eisenbahn ...)

Es ist eine Waide, Vizepräsident zu sein, ungewiss ob auch eine Ehre ...

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Danzig I und II ...

\* \* \* Weihenfels, 1. Juli. (Infolge auf der Eisenbahn ...)

Trotzdem könnte es nur erklärlich auf die Partei wirken, wenn sie ihren Schauer vor einem Koch auf den ...

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Danzig I und II ...

\* \* \* Weihenfels, 1. Juli. (Infolge auf der Eisenbahn ...)

Die Vermutung, daß die Regierung bestrebt ist, diejenigen Kriegervereine ...

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Danzig I und II ...

\* \* \* Weihenfels, 1. Juli. (Infolge auf der Eisenbahn ...)

In Dortmund wird am 1. Juli ein katolisches Polenblatt im Interesse der Zentrumspartei ...

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Danzig I und II ...

\* \* \* Weihenfels, 1. Juli. (Infolge auf der Eisenbahn ...)

Ausland.

Englische Blätter und solche amerikanische, die unter englischen Einflüssen ...

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Danzig I und II ...

\* \* \* Weihenfels, 1. Juli. (Infolge auf der Eisenbahn ...)

Großbritannien.

Seit einigen Tagen sind in London immer wieder Gerüchte ...

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Danzig I und II ...

\* \* \* Weihenfels, 1. Juli. (Infolge auf der Eisenbahn ...)

Sieben neue Eisenbahninspektionen werden infolge Übernahme der durch Wegel von 18. Mal 3. V. vom ...

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Danzig I und II ...

\* \* \* Weihenfels, 1. Juli. (Infolge auf der Eisenbahn ...)

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or index.



